



Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLETT DER PARTEI **DIE LINKE.** FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 €
AUSGABE 06.2021 25. JUNI 2021



Vorsicht
Altbergbauegebiet
- Betreten verboten -
Böschungsrutschgefahr!

Heleneesee Klimakatastrophe und Kapitalismus vor der eigenen Haustür

DIE LINKE steht für konsequenten Klimaschutz mit sozialer Sicherheit. Dafür werden wir als Partei nicht die Bevölkerung, sondern klimafeindliche Konzerne zur Kasse bitten. Wie notwendig Klimaschutz ist, lässt sich an unserem Heleneesee gut erklären. Alle Strände sind wegen Abrutschungsgefahr gesperrt, als Ursache wird der durch den Klimawandel verursachte zu niedrige Grundwasserspiegel gesehen. Doch wie geht es jetzt weiter?

Nachdem das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe den Strand vorsorglich per Verfügung gesperrt hat, sind viele Fragen offen. Wir wollen Licht ins Dunkle bringen!

Hat das Landesamt seine Aufsichtspflichten verletzt? Wer ist zuständig, wenn nicht das Landesamt? Wer muss für die Sanierung aufkommen? Müsste der Bund dafür aufkommen? Seit wann ist der niedrige Grundwasser-Pegel als Problem für den See erkannt?

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg hat dazu eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, damit diese Fragen schnell geklärt werden können.

Aus meiner Sicht ist unstrittig, dass die Abrutschungen an der Helene durch den niedrigen Grundwasser-Pegel eine sehr konkrete Folge des Klimawandels ist. Grund genug für eine konsequente Klimaschutzpolitik!

DIE LINKE setzt sich für einen Heleneesee als Naherholungsgebiet ein, der für alle Menschen bezahlbar sein muss! Der Heleneesee war früher ein Braunkohletagebau. Die Probleme die wir jetzt haben, stehen mit dieser Geschichte im Zusammenhang. Deswegen sind aus meiner Sicht hauptsächlich Landes- und Bundesregierung in der Verantwortung, die Sanierung des Strands zu tragen. Ziel muss es sein, dass

alle Besucher:innen den Heleneesee wieder nutzen können.

Selbst wenn der Strand mit Mitteln der Landes- oder Bundesregierung saniert wurde, bleibt jedoch die Infrastruktur im bisherigen schlechten Zustand. Bei den Verhandlungen um einen neuen Pachtvertrag herrscht Stillstand. Damit unser Heleneesee ein so hoch angesehenes Erholungsgebiet bleibt wie jetzt muss jedoch dringend in die Infrastruktur investiert werden.

► Fortsetzung auf Seite 4

Trinkwasser
Bergbausanierer in die Verantwortung! Sauberes Trinkwasser für Frankfurt und Oder-Spree
Seite 5

Workshop-Reihe
Generationen im Gespräch
Seite 7

Grundgesetz
Rot-Schwarze-Koalition fährt Kinderrechte an die Wand
Seite 10

80. Jahrestag
Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion und Beginn des Vernichtungskrieges
Seiten 11-12

Termine

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

26. Juni 2021, 09:00 bis 12:00 Uhr

2. Tagung, 7. Kreisparteitag

- 📍 Messe Frankfurt (Oder)
- 📍 Messering 3, Halle 4
- 📍 15234 Frankfurt (Oder)

AG DIE LINKE. stärken

26. Juni 2021, 16:00 bis 18:00 Uhr

Treffen der AG

- 📍 Beratungsraum, Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

AG DIE LINKE. stärken

16. Juli 2021, 10:00 bis 12:00 Uhr

Infostand

DIE LINKE. hilft auf Mindestsicherung Angewiesenen durch Beratung, beim Organisieren und Kämpfen.

Themen: „Jetzt Anträge für digitale Endgeräte stellen!“ und „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“

- 📍 Stadtgebiet: Stadtmitte, Topfmarkt

Cuba Sí

23. Juli 2021, 12.00 bis 18.00 Uhr

Infostand von anlässlich des 30-jährigen Bestehens.

- 📍 In der Karl-Marx-Straße, etwa in Höhe Eiscafé Bellini

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Vereinte Nationen (UN)

26. Juni

Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

28. Juni

Christopher Street Day

Vereinte Nationen (UN)

26. Juni

Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

Vereinte Nationen (UN)

11. Juli

Weltbevölkerungstag

Jahrestage

26. Juni 1908 | Valparaíso, Chile

* Dr. Salvador Allende

01. Juli 1941 | Berlin-Plötzensee

† Heinz Kapelle

01. Juli 1915 | Slough, Berkshire, England

† Nicholas George Winton

Nicholas George Winton war ein britischer Staatsbürger, der kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Rettung von 669 meist deutschstämmigen tschechoslowakischen Kindern jüdischen Glaubens oder Herkunft vor dem Holocaust organisierte. Diese Aktion wurde als tschechischer Kindertransport bekannt. Winton, der selbst jüdischer Abstammung war, wurde häufig als „britischer Schindler“ bezeichnet, was ihm selbst aber nicht zusagte.

05. Juli 1857 | Wiederau, Sachsen

* Clara Zetkin

Historische Ereignisse

28. Juni 1944

Befreiung des KZ Vaivara

01. Juli 1993

In Bischofferode beginnen Kalikumpel mit dem Hungerstreik. Sie protestieren gegen die geplante Schließung ihres Standortes. Die PDS solidarisiert sich mit den Streikenden.

11. Juli

Tag des Genozids von Srebrenica

Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsbetrieb.

Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr
Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer



TERMINE:

(Wenn nicht anders gekennzeichnet, finden die Veranstaltungen auf dem **Vorplatz des Kleist Forums** statt.)

Freitag, 02. Juli · 20:00 Uhr

Die ostdeutsche Transformationsgesellschaft - Ein Gespräch mit dem Soziologen Steffen Mau

Sonnabend, 03. Juli, 20:00 Uhr

Studiobühne

Preisgekrönter Dokumentarfilm über den Herbst 89

Sonntag 04. Juli, 20:00 Uhr

Die Mentalität im verlorenen Land - Ein Gespräch mit dem Soziologen Wolfgang Engler

Montag, 05. Juli, 20:00 Uhr

Gefährliche Jahre. Ungewisse Zeiten. - Ein Gespräch mit dem Autor und Journalisten Christian Bangel

Dienstag, 06. Juli, 20:00 Uhr

Umgeschriebene Geschichte? Umkämpfte Zone? - Ein Gespräch mit der Autorin und Wissenschaftlerin Ines Geipel

Mittwoch, 07. Juli, 20:00 Uhr

Studiobühne

Filmabend: Halbe Treppe

Donnerstag, 08. Juli, 20:00 Uhr

Verlorene Utopien? - Ein Gespräch mit dem Dramaturgen Bernd Stegemann

Freitag, 09. Juli, 20:00 Uhr

Studiobühne

Filmabend: In den Gängen

Sonnabend, 10. Juli, 20:00 Uhr

Nachwendekinder - Ein Gespräch mit dem Journalisten und Autor Johannes Nichelmann

Sonntag, 11. Juli, 20:00 Uhr

Die rechtschaffenen Mörder - Ein Gespräch mit dem Autor Ingo Schulze

EINTRITT FREI. / Bitte Tickets per E-Mail an ticket@mu-ffo.de reservieren.

(Gefördert von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung)

Bürgerbühne im Kleist Forum

www.kleistforum.de

”

Ich habe [...] nicht vergessen, daß die Menschen eine Menge verschiedener Gemeinheiten begehen.

Den Antisemitismus halte ich trotzdem für eine der niederträchtigsten.

Maxim Gorki
28. März 1868 - 18. Juni 1936

“



Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

✉ stefan.kunath@dielinke-ffo.de

📘 facebook.com/stefan.kunath.linke

📷 instagram.com/stefan_kunath

🌐 stefan-kunath.eu

**Zum Geburtstag
wünschen wir allen
Genoss:innen und
Leser:innen alles Gute
und ein wunderbares
neues Lebensjahr.**



Hinweis:

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.



Neues aus dem Kreisvorstand

DIE LINKE.

Am Mittwoch, dem 19.05.2021, tagte turnusgemäß der Kreisvorstand.

Als erstes wurde über Aktivitäten im Kreisverband berichtet. Dazu gehörte die gemeinsame Aktion mit Verdi auf dem Brunnenplatz zum Tag der Pflege. Davon wurde ein Video online gestellt (Link am Ende des Artikels) und es erschienen entsprechende Presseberichte.

Am 8. Mai fand eine Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung vom Faschismus statt. Am gleichen Tag wurde eine Gegendemonstration zur Kundgebung der NPD auf dem Bahnhofsvorplatz organisiert. Die linken Kräfte in Frankfurt (Oder) beobachten sehr kritisch und aufmerksam den von der NPD gegründeten Ortsverband.

Am 10. Mai wurde eine Buchlesung unter der dramaturgischen Leitung von Genossin Carmen Winter anlässlich des Gedenktages der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen 1933 organisiert. Auch davon ist ein Video online abrufbar (Link am Ende des Artikels).

Im Landesvorstand läuft die Wahlvorbereitung an.

In der Fraktion fand eine erste Diskussion zur Kulturstruktur in der Stadt statt. Es sind mehrere Modelle im Gespräch. Weitere Informationen dazu wird es nach der Klausur der Fraktion geben.

Großen Anteil an der Senkung der Kitagelöhne ab dem 01. August hat die Fraktion der Linken (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit der 1. Lesung zur Wahlstrategie. Unser guter Kandidat muss bekannter

werden, deshalb erfolgen verschiedene Auftritte mit Aktiven vor Ort im Wahlkreis. Notwendig ist die Stärkung und Motivierung der Partei, auch für die Zeit nach der Wahl. Damit verbunden ist ein gemeinsames Agieren von Jungen und Alten. Für die Entwicklung von spezifischen, ortsbezogenen Flyern werden Probleme und Fragestellungen vor Ort mit bundespolitischen Zielen verknüpft, um sie für die Wählerinnen und Wähler greifbarer zu machen. Die Friedensfrage soll als ein grundlegendes Merkmal unserer Partei in den Vordergrund gerückt werden. Kritisch wurde vermerkt, dass in der Wahlstrategie nicht zur AfD-Stellung bezogen wurde.

Der dritte Tagesordnungspunkt befasste sich mit der Vorbereitung der 2. Tagung des 7. Parteitages des Kreisverbandes. Dazu liegen bisher ein Antrag zur Kreisatzung des Kreisverbandes und ein zweiter zum Leitantrag vor. Letzterer wird vom Kreisvorstand am 02. Juni aktualisiert. Auf Grund der Corona-Schutzmaßnahmen können zum Kreisparteitag am 26. Juni keine Getränke und kein Imbiss angeboten werden und auch eine Kinderbetreuung muss entfallen. Ein Taxi-Service/Fahrdienst wird bereit gestellt.

Der Geschäftsführer Genosse Frank Kreitner informierte, dass im Juli ein großes Aufräumen im Keller der Geschäftsstelle geplant ist, wofür er sich auch mit den Verantwortlichen des Bücher- und Kuchenstandes vom Brückenfest in Verbindung setzen wird.

Elke Thiele

Video: Aktion am Tag der Pflege auf dem Frankfurter Brunnenplatz:

<https://kurzelinks.de/gqz6>

Video: Lesung im mahrenden Gedenken an die Bücherverbrennungen in Deutschland 1933;

<https://kurzelinks.de/n6gc>

Helenesee: Klimakatastrophe und Kapitalismus vor der eigenen Haustür

► Fortsetzung von Seite 1

Für mich ist es wichtig, dass es Fortschritt beim Helenesee gibt und die Stadt auch von einem neuen Erbbaupachtvertrag und Investitionen profitiert. Schließlich bereitet die Stadt die Grundlage dafür, dass private Betreiber:innen und Investor:innen Gewinne machen können.

Schade finde ich, dass Oberbürgermeister René Wilke gegenüber der Märkischen Oderzeitung die Frage, ob die Stadt nicht auch selber den Helenesee betreiben könnte, sehr schnell negativ beantwortete. René begründete dies mit fehlender Expertise und Ressourcen in der Stadtverwaltung. Mit Blick auf die leeren Stadtkassen, den Herausforderungen durch die Coronapandemie und dem rigiden Haushaltssicherungskonzept-Regimes des Innenministeriums verstehe ich diese Aussage.

Als politisches und strategisches Ziel finde ich eine stadteigene Betreibergesellschaft für den Helenesee jedoch sehr sinnvoll. So könnte langfristig gesichert werden, dass der Helenesee nicht nur profitabel für die Betreiber:innen, sondern auch bezahlbar für Besucher:innen ist. Gewinne könnten für langfristige Investitionen, Umweltschutz, gemeinnützige Angebote und niedrige Preise genutzt werden. Stadtgesellschaft und Stadtverordnetenversammlung

hätten mehr Kontrolle und Gestaltungsspielraum bei DEM städtischen Naherholungsgebiet.

Eine eigene Betreibergesellschaft wäre auch ein Ausweg für ein Dilemma, in dem sich die Stadtgesellschaft gerade befindet: Obwohl der Helenesee bei vielen Frankfurter:innen ein emotionales Thema ist, was alle angeht, entziehen sich wesentliche Informationen und Entscheidungen vollkommen der Stadtgesellschaft. Es ist gut, dass den jetzigen Betreiber:innen der Helenesee nicht gehört, sondern Flächen nur gepachtet sind und die Stadt dadurch auch einen gewissen Einfluss hat. Nur alles, was diesen Einfluss ausmacht, findet hinter geschlossenen Türen in einem kleinen eingeweihten Kreis von Stadtverordneten, Wahlämtern und Verwaltungsmitarbeitenden statt. Viele wollen über den Helenesee diskutieren und teilhaben,

können es aber schlicht nicht, aufgrund großer Intransparenz. Das macht es für alle schwer: für Anwohner:innen, für Parteien wie uns und letztlich auch für die Stadtverwaltung und Betreiber:innen, weil sie es mit einem durchaus auch unrealistischen und faktenarmen stadtgesehlichen Diskurs zu tun haben.

Im Sinne einer demokratischen, sozialen und klimagerechten Stadt sollten wir deshalb die aktuelle Situation als vielschichtig begreifen. Es ist aber auch eine Chance, für Strukturen und Ziele zu streiten, die einen dem Klimawandel trotzen, die Umwelt nicht schädigenden, für alle offenen, bezahlbaren Helenesee mit transparenten und verständlichen Strukturen befördern.

Tom Berthold
stellvertretender Kreisvorsitzender
DIE LINKE, Frankfurt (Oder)



Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren stärken

Der Seniorenbeirat der Stadt Frankfurt (Oder) führt das Projekt „Medienkompetenz der Seniorinnen/Senioren stärken“ weiter

Die von Schülerinnen und Schülern des Karl-Liebknecht-Gymnasiums in 2019 und 2020 durchgeführten wöchentlichen Beratungsstunden zum Umgang mit Smartphones und Tablet-Computern finden ab

Montag, den 28.06.2021 wieder statt. Als Beratungsstützpunkt dient, dank der Unterstützung der ARLE gGmbH, der cityTREFF in der Slubicer Straße 8, nahe der Oderbrücke.

Die Beratung erfolgt in den Monaten Juli und August 2021, am Montag und am Dienstag jeweils von 9.00 Uhr bis 12 Uhr.

Es ist eine vorherige Anmeldung bei der Koordinatorin, Adrianna Rosa-Zarzycka, die im cityTREFF vor Ort ist, erforderlich, jeweils bis Freitag 16 Uhr in der Vorwoche.

Telefonisch unter: + 49 151 431 435 76 oder per Mail: info@arle-ffo.de

Bergbausanierer in die Verantwortung nehmen

Für sauberes Trinkwasser in Frankfurt (Oder) und Oder-Spree

Die Sulfatbelastung in unserem Trinkwasser war Thema in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Die Antwort auf meine Anfrage zeigt, dass LINKE und Oberbürgermeister René Wilke gemeinsam daran arbeiten, um die Verursacher der Sulfatbelastung endlich in finanzielle Verantwortung zu nehmen. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf bezahlbares und sauberes Trinkwasser.



Die Stadt Frankfurt (Oder) und die Frankfurter Wasser- und Abwasserbetriebe (FWA) haben einen wichtigen Teilerfolg vor dem Cottbuser Verwaltungsgericht erzielt. Der Cottbuser Ostsee als ehemaliger Tagebau darf kein sulfathaltiges Wasser in die Spree überleiten, so das Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus vom 1. Juni. Hintergrund ist, dass das Wasser der Spree als Trinkwasser für Frankfurt (Oder) gebraucht wird. Durch die Flutung von Tagebauen sowie aufgrund längerer Trockenperioden ist der Sulfatgehalt im Wasserwerk Briesen bereits bedrohlich gestiegen. Das Briesener Wasserwerk versorgt Frankfurt und Teile des Landkreises Oder-Spree mit Trinkwasser.

Umweltminister Axel Vogel (Grüne) hat im vergangenen Jahr die Abschaltung des Wasserwerks Briesen nicht ausgeschlossen, wenn der Grenzwert von 250 Milligramm Sulfat pro Liter Trinkwasser dauerhaft überschritten werde. Das hieße, Frankfurt müsste mit Wassertanks per Zug und LKWs versorgt werden. Ein absoluten Katastrophenszenario!

Sulfatwerte steigen kontinuierlich

In der Antwort auf meine Anfrage betonte Oberbürgermeister René Wilke, dass im Moment noch keine akute Bedrohung bestehe. Momentan erreichen die Sulfatwerte 210 Milligramm Sulfat pro Liter

Trinkwasser. Seit 2019 komme es jedoch immer wieder zu Überschreitungen. „Trotz saisonaler Schwankungen steigt die Sulfatkonzentration von Jahr zu Jahr stetig an“, so OB René Wilke. Aufgrund künftiger Trockenperioden ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Sulfatgehalt den Grenzwert dauerhaft überschreitet, wenn die Politik keine Lösung findet.

Verursacher sollen zahlen

Die FWA hat bereits fertige Pläne in der Schublade, um das Wasserwerk Briesen auszubauen oder das Wasserwerk in Müllrose zu reaktivieren. Das Wasser der Spree kann dann mit Grundwasser vermischt werden, um den Sulfatgehalt abzusenkten. Insgesamt geht es um eine Investitionssumme von rund 10 Millionen Euro. Ungeklärt ist bislang die Frage, wer für die Investition zahlt. LINKE-Oberbürgermeister René Wilke und ich sind einer Meinung: Die Verursacher der Sulfatbelastung müssen für die Kosten aufkommen! Das sind die LEAG, ehemals Vattenfall, sowie die Bergbausanierungsgesellschaft LMBV, an welcher der Bund beteiligt ist. Zahlen die Verursacher nicht, droht den Frankfurterinnen und Frankfurtern eine 19 prozentige Preissteigerung beim Trinkwasser. Für eine vielköpfige Familie bedeutet das 20 bis 25 Euro im Jahr, rechnete René Wilke in der Stadtverordnetenversammlung vor. „Das klingt nicht viel, ist aber eine Frage der Gerechtigkeit und des Prinzips“, so Wilke in seiner mündlichen Antwort.

Land darf sich nicht aus Förderzusage zurückziehen

Umso bedauerlicher ist, dass die Landesregierung keinen akuten Handlungsbedarf

zum Ausbau des Wasserwerks Briesen beziehungsweise zur Reaktivierung des Wasserwerks Müllrose sieht. Deshalb gebe es auch „keine zuwendungsrechtliche Grundlage für eine Förderung von Maßnahmen der Wasserversorgung“, so die Landesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage unserer LINKE-Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato. Das bedeutet nichts anderes, als dass sich das Land aus seiner Förderzusage aus dem Jahr 2015 gegenüber der Stadt Frankfurt (Oder) zurückzieht. Damals ging es um zehn Prozent der Investitionskosten. Die übrigen 90 Prozent sollten von der LEAG und der LMBV übernommen werden. Diese verweigern sich bis heute. Angesichts steigender Bevölkerungszahlen am Berliner Speckgürtel und den steigenden Wasserbedarfen durch die Ansiedlung von Tesla ist das Handeln der Landesregierung nicht zu verstehen.

Perspektiven für die Zukunft?

Eine Entscheidung vor dem Cottbuser Verwaltungsgericht im Hauptverfahren fällt wohl übrigens erst in mehreren Jahren. Rechtsgrundlage ist die Europäische Wasserrahmenrichtlinie. Das Cottbuser Verwaltungsgericht wird deshalb den Europäischen Gerichtshof um eine Vorabentscheidung ersuchen. Deshalb wäre es ratsam, wenn LEAG und LMBV endlich die 9 Millionen aufbringen und sich auch das Land an seine einstige Förderzusage erinnert. Das wäre sinnvoller und wirtschaftlicher als auf den monatlichen Folgekosten in Millionenhöhe am Cottbuser Ostsee zu sitzen, der nicht weiter geflutet werden kann.

Für ein gutes Leben: Auskömmliche Löhne und solide Arbeitsverhältnisse

Das sind zentrale Forderungen im Bundestagswahlprogramm. Damit stellt DIE LINKE die Interessen und Lebensverhältnissen auch in unserer Region und Stadt in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. In Frankfurt arbeiten 19 % der Vollzeitbeschäftigten für einen Niedriglohn. Etwa 1.300 gehen nach 40 Stunden Arbeit in der Woche mit weniger als 1885 € im Monat - das ist die amtliche Niedriglohnschwelle - nach Hause.

Im Mai erhielten 4.416 Frankfurter:innen Arbeitslosengeld I und 3.281 waren auf Hartz-IV-Bezug angewiesen. Dreißig Jahre nach der staatlichen deutschen Einheit ist in unserer Stadt jedes dritte Kind von Armut betroffen. Auch leben etwa 1.600 Rentner:innen in ärmlichen Verhältnissen. Die Unterschiede zwischen niedrigem und hohem Einkommen waren schon vor der Corona-Pandemie beträchtlich. Während im letzten Jahrzehnt die Einkünfte des obersten Zehntels um 8 % wuchsen, gingen sie im untersten Zehntel um 3 % zurück. Nun sind die Menschen mit geringerem Einkommen die Verlierer der Krise. Eine Anfrage aus der linken Fraktion im Bundestag brachte zutage, dass seit April 2020 etwa 135.000 Kurzarbeiter Hartz-IV-Bezug in Anspruch nehmen mussten. Die durch die Corona-Pandemie bedingten Mehrkosten sowie Preissteigerungen bringen viele Geringverdiener an das Existenzminimum.

Die Regionaldirektorin der Arbeitsagentur Ramona Schröder verkündet: „... der Arbeitsmarkt in Brandenburg hat sich erfreulich standhaft gegenüber den Corona-Belastungen gezeigt.“ Dass 34.611 Brandenburger Langzeitarbeitslose sind, ist der Erwähnung nicht wert. Das sind 6.077, gleich 23 %, mehr als vor einem Jahr.

Während der Corona-Krise wurde immer sichtbarer, dass die Interessen der Wirtschaft in der Politik der Großen Koalition höchste Priorität haben. Ein völliger Kollaps des kaputt gesparten Gesundheitswesens wurde durch drastische Eingriffe in das gesellschaftliche Leben und massive Einschränkungen in der Infrastruktur verhindert. Konzerne und Großun-

ternehmen wurden mit Milliarden subventioniert. Soweit Kurzarbeit unumgänglich war, übernahm die Bundesagentur für Arbeit die Kosten. Von Hygieneauflagen wurden die Konzerne weitgehend verschont.



Mit unverhohlenem Stolz erklärte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier Anfang Juni vor den Medien, dass Deutschland die Corona-Pandemie weitaus besser als andere Länder überstanden hat. Die Wirtschaft sei bereits voll auf Konjunktur eingestellt. „Der Konjunkturmotor läuft.“ Der politische Ausblick der einflussreichsten Persönlichkeiten der CDU/CSU, ihr Wahlprogramm lässt noch auf sich warten, sowie die Wahlaussagen der FDP orientieren sich an den Erwartungen der Industrie- und Arbeitgeberverbände. Ihre Forderungen, nicht Steuern zu erhöhen, sondern zu senken und alles Soziale auf den Prüfstand zu stellen, sind unüberhörbar.

Es geht, so als habe es weder 2008 eine Finanzkrise noch 2020/21 eine Corona-Krise gegeben, um die abstrichslose Beibehaltung des alten Musters der Expansion von Produktion und Konsumtion zur Erzielung maximaler Profite. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

und ein dauerhafter Lebensschutz sind nachrangig.

Die Wahlprogramme der SPD und der Grünen sind auf Harmonie mit dem neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftssystem ausgerichtet. Im Wahlkampf betonte sozialpolitische und klimafreundliche Forderungen werden, wie die Erfahrung lehrt, weitgehend Opfer von Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbeteiligung. Das Wahlprogramm der AfD ist von Nationalismus, Unternehmensinteressen und sozialer Kälte geprägt. DIE LINKE greift als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien das kapitalistische Wirtschaftssystem als Wurzel der zuneh-

menden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich radikal an.

„DIE LINKE kämpft dafür, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Arbeitsbedingungen müssen sich an Menschen und ihren Familien orientieren und nicht an den Profitinteressen der Unternehmer.“ (Wahlprogramm).

Da gegenwärtig die gesellschaftlichen Kräfte für einen erforderlichen sozialen und ökologischen Aufbruch noch nicht da sind, tritt DIE LINKE an der Seite von Gewerkschaften und Sozialverbänden für die Durchsetzung des gegenwärtig Möglichen ein. DIE LINKE fordert:

- Schluss mit dem Niedriglohn
- Gesetzlicher Mindestlohn von 13 Euro
- Tarifbindung für alle Unternehmen und Branchen
- Beendigung des Lohndumpings durch Leiharbeit und Werkverträge

- Schluss mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen
- Gleiche Entgelte für Frauen und Männer
- Abschaffung aller Minijobs und Überführung in sozialversicherte Arbeitsverhältnisse
- Gesetzliche Höchstarbeitszeit von maximal 40 Stunden pro Woche
- Gesetzliches Recht auf berufliche Weiterbildung mit sozialer Absicherung und weitere die Lohnarbeit betreffende Forderungen.

DIE LINKE in Frankfurt (Oder) und im Landkreis Oder-Spree haben Stefan Kunath zum Direktkandidaten ihrer Partei für den Bundestag bestimmt. Aus einer Familie kommend, deren Arbeit „systemrelevant“ ist, in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt, tritt er selbstbewusst, gesellschaftlich gebildet, bescheiden, zuhörend und lernend für die Lebensinteressen der Menschen unserer Region ein. Seiner jüngsten Initiative für eine materielle Anerkennung der Leistungen des Personals der Krankenhäuser während der

Pandemie schlossen sich mehr als 7.000 Menschen an. Es tut gut, Stefan Kunath zu erleben. Meine Empfehlung:

Nutzen Sie die Möglichkeit, mit Stefan Kunath ins Gespräch zu kommen und ihn kennenzulernen.

Horst Dahmann

Generationen im Gespräch

Generationen im Gespräch ist eine Workshop-Reihe, die in verschiedenen Orten der Bundesrepublik stattfindet. In Frankfurt (Oder) wurde der Workshop von der Stadtverwaltung und dem Bildungscnt e.V. Berlin (www.bildungscnt.de) für die Arbeit in der Zukunftsgesellschaft initiiert.

Der Workshop war offen für jüngere und ältere Menschen, die sich für das gegenseitige Verstehen und für Kontakte über Generationsgrenzen hinweg interessieren. So beteiligten sich Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen, z. B. aus der Volkssolidarität, die Referentin für Bürgerarbeit der Stadt, die Koordinatorin für deutsch-polnische Projekte bei der Arle, der interessierte Opa, Senior:innen aus dem Seniorenbeirat, der Seniorenbetreuung, der Gewerkschaft GEW, Mitarbeiter:innen des Mehrgenerationenhauses Mikado u.a.. Leider hatte dieses Format die jungen Leute, z. B. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende, zu wenig erreicht. Das ist um so bedauerlicher, weil es ja besonders auch um ihre Zukunftsinteressen, Vorstellungen und Ideen gehen sollte.

Als Gast zugeschaltet war unser Oberbürgermeister René Wilke. Er betonte in seiner Begrüßungsrede, dass die Distanzen - gesellschaftlich gesehen - nicht nur pandemiebedingt größer werden. Spannungen zwischen Jung und Alt gab es schon immer, aber die Technologie- und Sprachentwicklung beschleunige diesen Prozess. Daher sei es um so wichtiger, Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Interessen zu finden und sie in Forderungen umzusetzen. Es sei notwendig, gegenseitiges Verständnis zu entwickeln, sich mit Respekt zu begegnen und

das gemeinsame Gespräch zu suchen. Für viele Jugendliche sei es schwer, Plätze zum gemeinsamen Treffen zu finden. Sie haben das Gefühl, dass keiner mit ihnen ernsthaft sprechen und sie nach ihren Bedürfnissen fragen wolle. Umgekehrt hätten aber auch die Älteren dieses Gefühl. Aber: Die Jungen waren noch nie alt, die Älteren aber schon mal jung.

Nach der Begrüßung erfolgte die Arbeit in Kleingruppen. Eine davon beschäftigte sich mit den Unterschieden von Jung und Alt. In der Auswertung ergaben sich folgende Gesichtspunkte: Es sollte ein Perspektivwechsel zwischen den Generationen erfolgen. Grundvoraussetzungen hierfür sind u. a. Orte der Begegnung für alle zu schaffen und Kontakte zu Jüngeren über die Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, sozusagen der „Zwischen-Generation“, suchen. Des weiteren müssten sich die vorhandenen Initiativen und Einrichtungen besser vernetzen und vorhandenes Konkurrieren um die Aufmerksamkeit der Kinder und Jugendlichen abbauen. Stadtteilmanager:innen könnten die Schnittstellen für die Interessen aller sein.

Eine bessere Unterstützung der ehrenamtlichen Kinderbeauftragten ist ein weiterer wichtiger Punkt. Die Kindercharta hängt in vollem Wortlaut, sprich ein langer Text, an den Wänden in den Büros und Fluren

der Verwaltungen, Geschäftsstellen der Parteien, Institutionen usw. Wer liest sie dort? Wie kann sie bekannter gemacht werden? Kennen die, um die es eigentlich geht, ihre Kindercharta?

Nach diesem ersten Gedankenaustausch wurden zu einem zweiten Termin gemeinsam konkrete Projekte erarbeitet. So soll es einen „Runden Tisch“ für Jung und Alt geben. Dort können sich z. B. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende mit den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zur generationsübergreifenden Gestaltung der Stadt austauschen. Treffpunkt und Plattform dafür könnte ein nicht genutztes Ladenlokal in der Innenstadt sein. Außerdem könnte sich die deutsch-polnische Seniorenakademie für die unterschiedlichsten Initiativen und Interessen als Brücke zwischen den Generationen weiter öffnen.

Das Veranstaltungsformat „Workshop der Generationen“ sollte und kann ein Baustein sein, um die Menschen aus verschiedenen Generationen zusammenzubringen, Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Interessen zu finden und diese in Vorhaben umzusetzen.

Weitere Informationen:
<https://kurzelinks.de/mayz>

Elke Thiele

Aktion zum Tag der Pflege

Wir wollen den Systemwechsel in Gesundheit und Pflege

In der Pflege- und Gesundheitsbranche treffen Kleinunternehmen, Kirchen und Investoren aus Steueroasen auf Beschäftigte, die ihre Macht erst durch die Corona-Pandemie entdecken. Doch viele Pflegekräfte sind erschöpft. Die Arbeitsbedingungen waren schon vor der Pandemie vielerorts miserabel. Zusammen mit Beschäftigten und Gewerkschaften aus der Gesundheits- und Pflegebranche habe ich am 12. Mai anlässlich des Internationalen Tages der Pflegenden für einen grundlegenden Systemwechsel in der Branche demonstriert.



So nicht! Für eine echte, solidarische Pflegereform! Stefan Kunath, Jan Augustyniak, Boba Preuß und Annett Thielicke (Betriebsratsvorsitzende im Städtischen Krankenhaus Eisenhüttenstadt), zeigen Gesundheitsminister Jens Spahn symbolisch die rote Karte.

Aufgerufen zur Kundgebung auf dem Brunnenplatz in Frankfurt (Oder) hatten die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zusammen mit dem Frankfurter Kreisverband der LINKEN. „Wir brauchen, um gute Arbeit zu leisten, nicht nur eine bessere Personalausstattung. Wir brauchen auch eine gute und gerechte Bezahlung. Es kann nicht sein, dass 30 Jahre nach der Wende eine Krankenschwester in den alten Bundesländern weniger Arbeitszeit leisten muss und mehr Verdienst als eine Krankenschwester in den neuen Bundesländern“, kritisierte Annett Thielicke, Betriebsratsvorsitzende beim Städtischen Krankenhaus Eisenhüttenstadt. „Wir brau-

chen in der ambulanten und stationären Pflege einen allgemeinverbindlichen und flächendeckenden Tarifvertrag. Es muss Schluss sein mit dem Wettbewerbsdruck. Pflege ist kein Geschäft.

Menschenleben sind kein Geschäft und Krankheiten sind kein Geschäft“, so Boba Preuß, Geschäftsführerin beim Pflegedienst Gallus. „Die beruflich Pflegenden brauchen jetzt das Signal, dass sich die Bedingungen schnellstmöglich und dauerhaft verbessern. Weder in der Kranken- noch in der Altenpflege wurden bedarfsgerechte und bundesweit einheitliche Personalvorgaben schnell auf den Weg gebracht“, kritisierte Frank Ploß, Gewerkschaftssekretär bei ver.di für Ostbrandenburg.

Für eine solidarische Gesundheits- Pflegeversicherung

Diese Punkte verdeutlichen: Einzelne kleine Veränderungen, wie jüngst von der Koalition beschlossen, ersetzen keine überfällige Pflegereform. Wir LINKE wollen die Pflegefinanzierung vom Kopf auf die Füße stellen. Das steigert die Einnahmen, mit dem wir die Pflegeleistungen ausweiten können. Das gelingt aber nicht, indem wir kinderlose Menschen durch höhere Beiträge bestrafen. Wenn sich alle an einer solidarischen Pflegeversicherung beteiligen, ist die Übernahme aller pflegebedingten Kosten genauso finanzierbar wie deutlich bessere Tariflöhne in der Pflege.

Solidarisch heißt, dass wir das Zwei-Klassen-System in der Pflege- und Gesundheitsversicherung beenden und durch

eine gemeinsame Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger ersetzen. Solidarisch heißt: Jeder gibt so viel wie er kann. Menschen mit mehr Geld geben mehr. Menschen mit wenig Geld geben weniger. Damit sparen vor allem die Menschen Geld, die weniger als 6.000 Euro im Monat verdienen, während Menschen mit besonders viel Geldmüssen am meisten Geld bezahlen. Das finden wir gerecht.

Gemeinwohl statt Profit

Bei dieser Bundestagswahl geht es darum, dass der Bund Gesundheit und Pflege als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ansieht. Wir wollen Gewinnmitnahmen aus den Betrieben an Eigentümer und Aktionären beschränken, damit die erwirtschafteten Überschüsse in Personal und den Ausbau der Angebote fließen. Hierdurch können wir wohnortnahe Unterstützungsnetzwerke aufbauen, altersgerechte, alternative Wohnformen für Menschen mit Pflegebedarf fördern und die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Mit einem Fonds zur Rekommunalisierung von Krankenhäusern auf Bundesebene wollen wir weitere Privatisierungen verhindern, denn Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig, wie systemrelevant Pflegekräfte sind. Jetzt liegt es an uns, zusammen mit den Beschäftigten für ein Gesundheits- und Pflegesystem einzutreten, das den Menschen dient und nicht dem Profit. Packen wir es an!

Stefan Kunath
Kreisvorsitzender DIE LINKE, Frankfurt (Oder)
und LINKER Direktkandidat zur Bundestagswahl 2021
www.stefan-kunath.eu

Deutsch-Polnische Seniorenakademie

Endlich geht es weiter

Die zahlreich gekommenen Senioren und Seniorinnen mussten seit dem Februar vergangenen Jahres auf die Fortsetzung der Veranstaltungen der Deutsch-Polnischen Seniorenakademie warten. Am 8. Juni war es endlich soweit.

Herr Doktor Krzysztof Wojciechowski, der Verwaltungsdirektor des Collegium Polonicum, sprach zum Thema „Philosophie der Pandemie“.

Er beginnt mit Frage, ob die jetzige Pandemie die größte war?

Im Vergleich mit den Fakten der Spanischen Grippe im vergangenen Jahrhundert wäre die Corona-Pandemie unmerklich geblieben.

Worin lag es, dass wir länger als ein Jahr nur mit der Pandemie beschäftigt waren bzw. noch sind? Dabei gibt es viel gefährlichere Infektionskrankheiten, z.B. die Masern, die 15mal ansteckender sind als Corona.

Er sieht zwei ursächliche Prozesse, die uns Menschen betreffen und ihren Ausgangspunkt nehmen im atemberaubenden Tempo der Veränderungen im Denken, Fühlen und Handeln im Laufe von zwei Generationen:

Das ist zum einen die Subtilisierung und zum anderen die Sensibilisierung. Während die Subtilisierung ein natürlicher Prozess der Entwicklung von Lebewesen ist, dem auch der Mensch als biologisches Wesen unterworfen ist, ist der Prozess der Sensibilisierung vor allem durch die Entwicklungen in der Gesellschaft bedingt: Wir Menschen reagieren immer sensibler auf die Phänomene der Außenwelt. Das sei wie ein Strom, der uns alle mitnimmt. Davon sind wir alle betroffen. Diesen äußerst dynamischen Prozess veranschaulicht Dr. Wojciechowski an vielen lebensverbundenen Beispielen. Davon ausgehend beschrieb er die Vor- und Nachteile der Sensibilisierung.

Die Folgen der Pandemie sind tragisch: Hunderttausende Tote in der Welt. Sie verdeutlichen, wie stark die Ignoranz

durch die Pandemie-Leugner:innen und Impfverweigerer:innen ist.

Die Lücke zwischen armen und reichen Ländern ist unübersehbar größer geworden. Gerade auch in den reichen Ländern kann man eine finanzpolitische Entthemung der Regierungen feststellen. Diese und viele weitere negative Folgen werden die Gesellschaften noch weit in die Zukunft hinein begleiten.

Die Pandemie kann als Mahnung verstanden werden, dass wir keine Götter sind und dass wir uns nicht bedenkenlos die Welt unterordnen können. Sie kann uns die Augen öffnen für die Drosselung der Wirtschaftsexpansion, die Entlastung der Natur, die Verbesserung des Klimas, die Stärkung der elementaren sozialen Verbände.

Zwei Informationen gab es am Ende der Veranstaltung:

- Es werden noch Beiträge gesucht für ein Minibuch zum 20. Jahrestag der Gründung der Deutsch - Polnischen Seniorenakademie. Interessierte möchten sich bei Frau Carla Skobijn melden
- Die nächste Veranstaltung findet am 13. Juli im Bolfrashaus statt, zu der ein Staatsanwalt eingeladen ist.

Sonnild Grünberg

Um persönliche Anmeldung zu den Öffnungszeiten im CityTREFF oder unter der Telefonnummer: (+49) 151 / 43 14 35 76 wird gebeten.

IMPRESSUM

Der Rote Hahn
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
🌐 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, Sonnild Grünberg,
Christian Lehmann, Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

regelmäßige Gastautor:innen:

Horst Dahlmann, Frank Kreitner,
Stefan Kunath, Ella Schleese, Günther Wullekopf
Satz und Druck: **Willi Wallroth**

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 16. Juli 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

11. Juli 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 14. Juli, 13:00 Uhr, Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de

Rot-Schwarze-Koalition fährt Kinderrechte an die Wand

Das Scheitern der Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz spielte sich in der zweiten Juniwoche als Tragödie in zwei Akten ab.



Im ersten Akt erklärten Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) und der Unionsfraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus (CDU) am Dienstag die Verhandlungen mit Grünen und FDP gescheitert. Teilnehmer:innen zufolge ist der Begriff „Verhandlung“ hier fehl am Platz, weil die Union nicht bereit war, nur einen Millimeter vom Regierungsvorschlag abzurücken. Veränderungen hätte der vorliegende Vorschlag sehr gut vertragen, fiel er doch weit hinter die Vorgaben UN-Kinderrechtskonvention zurück.

Im zweiten Akt am Mittwoch sollte ursprünglich der Rechtsausschuss die Kinderrechte-Gesetzentwürfe von LINKEN, Grünen und FDP behandeln. Doch zur Überraschung der Oppositionsfractionen setzte die Koalition den Tagesordnungspunkt kurzerhand ab. Begründung: Man habe weiteren Beratungsbedarf – eine Farce. Der Scham über das Scheitern scheint so groß zu sein, dass noch nicht mal das routinierte Ablehnen unserer Anträge möglich ist.

Kinderrechte waren Teil des Koalitionsvertrags

Ein Blick zurück: Bereits 2001 brachte die PDS-Fraktion einen Vorschlag zu einer entsprechenden Verfassungsänderung ein. Der damalige Gesetzesentwurf sollte deutlich machen, dass Kinder überhaupt Träger von Rechten sind. Der Vorschlag

wurde damals wenig überraschend abgelehnt, die Diskussion aber war nicht mehr zu stoppen. Auch Grüne und SPD übernahmen die Forderung. Doch für eine Verfassungsänderung fehlte stets die notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Union positionierte sich klar gegen die Forderung. Sekundiert von konservativen, christlichen Verbänden warnten CDU und CSU davor, das Recht von Eltern, ihre Kinder zu erziehen, könne ausgehöhlt werden. Umso überraschender war es, dass 2017 die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz erst Teil des Wahlprogramms der Unionsparteien und dann auch des Koalitionsvertrages mit der SPD wurde.

Die Absicht war bekundet, doch wie die Formulierung im Detail aussehen sollte, war offen. Die Diskussion hatte sich seit dem ersten Vorstoß der PDS deutlich weitergedreht. Es sollte nicht mehr darum gehen, Kinder überhaupt als Rechtsträger kenntlich zu machen. Vielmehr sollte nun klargestellt werden, welche besonderen Rechte Kinder besitzen. Um das auszuloten, setzte die Koalition eine Arbeitsgruppe ein. Diese stand erst kurz vor dem Scheitern, um anschließend nicht einen, sondern gleich drei Vorschläge zu präsentieren. Justizministerin Lambrecht machte sich auf der Suche nach einem Kompromiss mit den nach wie vor skeptischen Unionsvertreter:innen den unambitioniertesten der drei Vorschläge zu eigen. Doch

auch der ging vielen in der Union noch zu weit.

Insbesondere das Recht von Kindern, an allen Angelegenheiten, die sie betreffen, beteiligt zu werden, und der Vorrang des Kindeswohls trafen bei den Konservativen auf Widerstand. Der Vorrang des Kindeswohls wurde daraufhin eingeschränkt und ist nur noch „angemessen zu berücksichtigen“. Vom Recht auf Beteiligung ist gleich gar nicht mehr die Rede. Dieses wurde auf ein Recht auf rechtliches Gehör reduziert.

Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene

Das häufigste Gegenargument lautet: Das Grundgesetz betreffe die Rechte aller Menschen, was automatisch auch Kinder beinhalte. Änderungsbedarf bestehe dementsprechend keiner. Wie trügerisch diese Annahme ist, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten auf bedrückende Art und Weise offenbart. Kinder und Jugendliche zählten als gesellschaftliche Gruppe zu den großen Verlierer:innen der Pandemiepolitik.

Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene, sondern haben individuell und kollektiv eigene Bedürfnisse und Interessenlagen. Damit diesem Umstand endlich genüge getan wird, brauchen wir die Kinderrechte im Grundgesetz. Im Notstandsmodus haben sich nun die konservativen Kräfte mit ihrer Verweigerungshaltung durchgesetzt. Als Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag werden wir weiter darauf drängen, die Jüngsten unserer Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

Norbert Müller
kinder- und jugendpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
www.norbert-mueller.net

Meine Gedanken zu Belarus

Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Ein beispielloser Vernichtungskrieg begann.



Gedenkstätte für das Vernichtungslager Maly Trostinez, Minsk | Foto: Frank Mende

Wenn Ihr mich fragt, womit ich die Erinnerung an den Überfall auf die Sowjetunion verbinde, so fällt mir all das ein, was ich zu diesem Thema in Weißrussland gesehen und erfahren habe.

Bei meiner ersten Reise nach Belarus besuchten wir am 2.Tag nach unserer Ankunft die Festung Brest und erfuhren die Geschichte ihrer heldenhaften Verteidigung. Wir standen vor dem gewaltigen Mahnmahl und waren ergriffen von der Stimmung dieses Ortes. In der Partnerstadt Witebsk angekommen, lernten wir die Geschichte dieser sehr alten Stadt kennen. Am 10. Juli 1941 nahm die deutsche Wehrmacht Witebsk ein. Im Rahmen des Holocausts von Juli bis Oktober 1941 wurden etwa 15.000 Juden erschossen. Im Jahre 1945 war Witebsk, nachdem die Front zweimal über die Stadt verlaufen war, vollständig zerstört.

Man berichtete uns, dass eine Regierungskommission aus Moskau eingeschätzt hatte, dass die Stadt aufgegeben werden sollte. Trotz dieses Urteils wurde Witebsk jedoch wieder aufgebaut und ist heute eine moderne Großstadt mit über 365 Tausend Bewohnerinnen und Bewohnern. Nach schweren wirtschaftlichen Jahren als Folge der Auflösung der Sowjet-

union hat sie sich wieder gut entwickelt. Im Jahre 2018 war ich mit einer kleinen Delegation Senioren zum Stadtjubiläum in Witebsk. Wir nahmen an dem Gedenken an die Opfer des 2. Weltkrieges teil und legten gemeinsam mit Vertreter:innen der Seniorenorganisation der Stadt ein Blumengebinde nieder.

Vor dem alten Rathaus standen mehrere Aufsteller mit Bilddokumenten aus der Zeit der faschistischen Okkupation – Bilder von Hinrichtungen, Gehängten am Galgen – schreckliche Bilder. Nahe des Flusses Westliche Dwina befindet sich auch eine Gedenkstätte für die jüdischen Opfer der faschistischen Invasion. Mehrfach besuchte ich die nationale Gedenkstätte in Chatyn. Dort wird der Opfer des faschistischen Krieges und der systematischen Vernichtung von Menschen in Weißrussland gedacht. Dieser Ort „Chatyn“ ist die zentrale Kriegsedenkstätte Weißrusslands für alle Opfer der deutschen Besetzung im 2. Weltkrieg. Sie erinnert besonders an die über 600 „verbrannten Dörfer“, die mitsamt ihren Einwohnern vernichtet wurden.

Über der Gedenkstätte mit der symbolhaften Darstellung von Häusern der Dorfbewohner liegt eine besondere Stimmung. Regelmäßige Glockenschläge prägen sich tief ins Gedächtnis ein. Von etwa neun Millionen Menschen, die den Deutschen in Weißrussland in die Hände fielen, wurden etwa 1,6 bis 1,7 Millionen ermordet, nämlich 700.000 Kriegsgefangene, 500.000 bis 550.000 Juden, 345.000 Opfer der sogenannten Partisanenkämpfung und ungefähr 100.000 Angehörige sonstiger Bevölkerungsgruppen. Dazu kamen mehrere Hunderttausend in den Reihen der Roten Armee gefallene Weißrussen.

Bei meinem Besuch in Minsk im Jahre 2017 besuchte ich auch die Gedenkstätte Maly Trostinez. In den Jahren 1942 bis 1944 wurden dort 40.000 bis 60.000 Menschen ermordet, es waren überwie-

gend Juden sowie sowjetische Kriegsgefangene und Partisanenverdächtige. Die Opfer wurden nach ihrer Ankunft im Lager sofort erschossen oder in Gaskammern ermordet. Hinter diesen unvorstellbaren Opferzahlen verbergen sich unendlich viele tragische Schicksale von Menschen und Familien. Beim Verweilen in den Gedenkstätten und in Gesprächen erhält man eine Ahnung davon – erfassbar ist es nicht.

Nach all den schrecklichen Kriegseignissen war und ist es mir wichtig, für einen dauerhaften Frieden einzutreten. Eine lange und herzliche Freundschaft verbindet mich mit vielen Menschen in Weißrussland.

Frank Mende

Findest Du es gut, daß...

- ... Renten doppelt besteuert werden?
- ... Deutschland Waffen exportiert, die Menschen töten und die Umwelt zerstören?
- ... Deutschland die Produktion in Billiglohnländer verlagert, wo Menschen ausgebeutet werden, in Länder mit niedrigem Umweltstandard und einer hohen CO₂-Bilanz?
- ... Deutschland sich nur um einen Regimekritiker kümmert und Sanktionen verhängt, aber gerne andere vernachlässigt, die Verbrechen aufdecken?
- ... in einigen Medien der 8. Mai als Tag der Befreiung nicht erwähnt wird?
- ... im Bundestag 71 neue Mitarbeiter:innen eingestellt wurden, z. T. mit hoher Besoldung?
- ... der Betriebsratschef Osterloh sein Mandat aufgibt und ins Management der VW-LKW-Sparte wechselt - mit einem horrenden Jahresgehalt von 2 Millionen Euro?
- ... es über 100 Krankenkassen in Deutschland gibt?

Horst Brüssow

22. Juni 1944: Nazi-Deutschland überfällt die Sowjetunion

Rede des Kreisvorsitzenden der Frankfurter LINKEN, Stefan Kunath, bei der Gedenkveranstaltung am 22.6.2021 in der Marienkirche aus Anlass des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gedenken heute der Opfer eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.

Vor 80 Jahren begann der Überfall Hitlers Deutschlands auf die Sowjetunion.

Dieser Krieg war nicht allein als ein Eroberungskrieg geplant. Nein, dieser Krieg unterschied sich von den vorherigen Kriegen dadurch, dass er vom ersten Tag an als Vernichtungskrieg angelegt war.

Dieser Angriffs- und Vernichtungskrieg kostete 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürgern das Leben. 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger! Das sind mehr als zweimal so viele Menschen, wie heute in den ostdeutschen Bundesländern leben. Diese 27 Millionen Opfer sind nicht so tief in unserem kollektiven Gedächtnis eingegraben, wie es ihr Leid und unsere Verantwortung erfordern.

Und als wäre dies nicht schon beschämend genug, werden die Leistungen der Roten Armee zur Befreiung Europas kleingeredet, wird oftmals vergessen, wem unser Land den Frieden und die staatliche Einheit zu verdanken hat. Nämlich der Sowjetunion.

Angesichts dieser unvorstellbaren Anzahl an Opfern ist es alles andere als selbstverständlich, dass die Bürgerinnen und Bürger Russlands, dass die Bürgerinnen und Bürger der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken uns Deutschen die Hand zur Versöhnung gereicht haben.

Nur dadurch haben wir es zu verdanken, dass wir Frankfurterinnen und Frankfurter in der Marienkirche wieder die Bilderbibel an den Bleiglasfenstern bestaunen können. Umso mehr schäme ich mich für die Geschichtsvergessenheit der Bundesregierung und des Bundestages. Weder

die Bundesregierung noch der Bundestag haben es geschafft, dem Überfall auf die Sowjetunion in angemessener und offizieller Form zu gedenken.

Ich kann mir das nur dadurch erklären, dass in vielen Köpfen der Kalte Krieg herrscht oder wieder neu entbrannt ist.

Doch den Frieden zu erhalten, das bedeutet harte Arbeit – Tag für Tag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor einigen Tagen tagten die G7 unter Führung der USA. Die Botschaft des US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden an die Weltöffentlichkeit lautete: America ist back – Amerika ist zurück.

Die Ergebnisse des Gipfels zeigen:

- Europa lässt sich an der Seite der USA in eine harte geopolitische Auseinandersetzung gegen China und gegen Russland treiben. Wenn wir jetzt nichts dagegen tun, droht diese Auseinandersetzung die kommenden Jahrzehnte zu bestimmen.
- Ich halte es für einen schweren Fehler, dass mittlerweile deutsche Fregatten wieder im Indo-Pazifik patrouillieren.
- Ich halte es für einen schweren Fehler, dass Europa nicht den Mut und nicht die Kraft hat, an einer eigenen europäischen Friedensordnung zu arbeiten unter Einschluss Russlands in einem kollektiven Sicherheitssystem.

Die Konflikterzählung des G7-Gipfels lautet: Hier stehen die liberalen Demokratien des Westens auf der einen Seite und die autoritären Systeme Chinas und Russlands auf der anderen.

Diese Erzählung verkennt, dass die größte Gefahr für unsere Demokratie nicht von außen droht, sondern von innen:

- Von einer Partei, welche die Nazi-Diktatur und die Millionen Opfer als einen „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte bezeichnet.
- Von einer Politik, die aufrüstet, anstatt in den sozialen Zusammenhalt zu investieren:
 - in Krankenhäuser, in die Pflege, in Schulen, in die sozialen Sicherungssysteme, in eine klimaschonende Politik.

Wir haben die Wahl zwischen globaler Kooperation oder globaler Barbarei. Deshalb müssen wir den Frieden erhalten. Denn der Frieden ist die Voraussetzung dafür, dass wir uns als Weltgemeinschaft gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft stellen können, nämlich der Bekämpfung der Pandemie, der Bekämpfung der Klimakrise und für atomare Abrüstung.

Ich danke sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

Stefan Kunath
Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
www.stefan-kunath.eu

(Es gilt das gesprochene Wort.)

„Wie kann man nur hassen,
dass Menschen sich lieben“

Sooke, Rapperin

Haltelinien und Wendepunkte

Wie die Linkspartei das Land in Bewegung bringen sollte - ein Zwischenruf zur Wahlkampfstrategie



Jede Genoss*in kennt sie. Wendepunkte, die die politische Entwicklung entscheidend prägen, Erfahrungen, die uns zwingen das Denken neu zu sortieren. Es sind Momente, an denen wir unsere Strategien und Optionen prüfen und uns in den drängenden Fragen der Zeit verorten.

Solche Wendepunkte beschäftigen uns noch Jahre danach. Der Angriff auf den Kosovo und der erste Kriegseinsatz seit 1945. Die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und die neue Partei Die Linke. Oder: die globale Finanzkrise und die Niederlage der Linkspartei Syriza in Griechenland. Heute zeichnen sich in der kräftezehrenden Pandemie neue gesellschaftliche Wendepunkte ab.

Kräfte für einen linken Aufbruch

Am Ende der Ära Merkel geraten die Verhältnisse - begleitet vom mulmigen Gefühl einer verlorenen Zeit - langsam ins Rutschen. Viele spüren, dass es so nicht weitergehen kann - aber noch sind die gesellschaftlichen Kräfte für einen sozialen und ökologischen Aufbruch nicht da. Doch die Bundestagswahl markiert für viele einen Wendepunkt, eine Entscheidung zwischen Alt und Neu. Für das Alte stehen die Unionsparteien und die SPD. Die Grünen inszenieren sich als frische Alternative - mit einem recht wolkigen Programm, das mehr Klimaschutz, mehr Investitionen, mehr Gerechtigkeit und Demokratie verspricht. Zugleich wenden sich prominente Grüne wie Robert Habeck gegen einen bundesweiten Mietendeckel und kuscheln mit Industriekonzerne.

Veränderung im Interesse der Mehrheit braucht Menschen, die bereit sind, sich zu bewegen. Nur die Kraft vieler Menschen,

die gemeinsam für ein Ziel arbeiten, kann etwas bewegen. Für uns steht daher die Frage im Mittelpunkt, wo sich gesellschaftliche Wendepunkte zuspitzen und wo wir dazu beitragen können, die Kräfte für einen linken Aufbruch zu bilden.

Reichtum umverteilen: In der Pandemie wurde geklatscht, aber an den Löhnen hat sich kaum etwas geändert. Die Schere zwischen arm und reich klappt immer weiter auseinander. Notwendig sind höhere Löhnen und sichere statt prekärer Arbeit. Ohne eine Besteuerung der Millionäre gibt es keinen Politikwechsel. Ohne eine Vermögenssteuer lassen sich die notwendigen Investitionen in bezahlbares Wohnen, Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz nicht gerecht finanzieren.

Aufstehen für die Pflege! Statt warmer Worte brauchen die Kolleg*innen endlich mehr Personal und Entlastung. Viele wollen nicht länger hinnehmen, dass die Pandemie auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Konzerninteressen haben in der Gesundheitsversorgung nichts zu suchen. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören wieder in öffentliche Hand, die Fallpauschalen abgeschafft. Es braucht ein Sofortprogramm für mehr Personal und höhere Löhne.

Mieten deckeln! Der gekippte Mietendeckel in Berlin hat die Karten neu gemischt. Die Bundestagswahl wird jetzt zu einer Abstimmung über bezahlbaren Wohnraum. Wir sind Teil einer Bewegung, die die Mietenexplosion stoppt und Wohnen für alle bezahlbar macht: mit einem bundesweiten Mietenstopp und -deckel. Wir wollen Investitionen in öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau statt in Luxus-Appartments.

Klima retten! Wir brauchen einen Aufstand gegen die Politik der verlorenen Zeit, die Klimagerechtigkeit in eine ferne Zukunft verschiebt. Zusammen mit Verdi und Fridays For Future u. a. begreifen wir die Wahlen als Abstimmung über das Klima. Gemeinsam wollen wir bis 2035 eine klimaneutrale Wirtschaft durchsetzen, die sinnvolle und gut bezahlte Arbeit und eine funktionierende soziale Infrastruktur für alle schafft.

Solidarität ist unteilbar! Eine stärker werdende antirassistische Bewegung wendet sich gegen strukturellen Rassismus, Polizeigewalt und Diskriminierung. Diese lassen sich nicht durch bessere Gesetze allein beseitigen. Aber bei der Bundestagswahl geht es auch darum, ob wir Schritte durchsetzen in Richtung Bleiberecht und gleicher sozialer Rechte für alle, die hier leben.

Wendepunkte sind nicht einfach ausgedacht. Es sind legitime Erwartungen, Ansprüche auf ein glückliches und gesundes Leben. Sie haben bereits in sozialen Bewegungen einen Ausdruck gefunden. Nun geht es um die Durchsetzung. Wir als Die Linke können diese Ansprüche bündeln und Druck machen. Aber die Durchsetzung hängt an jeder und jedem Einzelnen von uns. Sie lässt sich nicht delegieren, sondern nur organisiert erkämpfen.

Das Mögliche und das Nötige

Wir schlagen eine Konzentration der Linkspartei auf die Wendepunkte vor und werben für einen Wahlkampf, der alle Kraft auf diese bündelt. Wir stellen uns Haustürgespräche, Stadtteilkundgebungen und Betriebstouren, Flashmobs vor den Unis und Schulen vor. Mit einer klaren Botschaft vor: Werde Teil des Aufbruchs.

Wir sollten ausstrahlen: Wirkliche Veränderung und etwas wirklich Neues - das gute Leben für alle - gibt es nur mit links.

Viele Menschen wollen und können ja nicht länger auf Veränderungen warten. 96 Prozent unserer Wähler*innen wollen uns einer Umfrage zufolge in einer Regierung sehen. Gerade in relevanten Teilen von Gewerkschaften und Bewegungen gilt Grün-Rot-Rot als Hoffnungsprojekt oder zumindest als beste zur Verfügung stehende Option.

Einfach auf Opposition zu setzen ist keine Lösung, wenn relevante Teile der Gesellschaft, der Wähler*innen und der Bewegungen sich eine progressive Regierung wünschen. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass wir zur leicht erpressbaren Juniorpartnerin in einer grün geführten Modernisierungscoalition werden. Denn von den Grünen sind derzeit weder Schritte für entschlossene Umverteilung noch eine Politik für gute Arbeit, bezahlbares Wohnen und eine verlässliche soziale Absicherung zu erwarten. In Baden-Württemberg und Hessen haben sie weder den Klimaschutz vorangebracht noch etwas für bessere Arbeitsverhältnisse und Löhne unternommen.

Es ist zu befürchten, dass die Politik der verlorenen Zeit nach der Wahl fortgesetzt wird und außer Elektroautos und höheren CO2-Steuern von der Klimawende wenig übrig bleibt. Und, dass es in Folge der Corona-Krise unter Beteiligung der Grünen erneut zu einer Auseinandersetzung um den Sozialstaat kommt.

Notwendig wäre etwas anderes. Ein grundlegender Richtungswechsel - eine wirkliche Wende hin zu sozialer Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, unteilbarer Solidarität und konsequenter Friedenspolitik. Wie können

wir die Lücke zwischen dem Möglichen und Nötigen schließen?

Unser Maßstab für linkes, ja rebellisches Regieren - wie für eine starke linke Opposition - ist eine Politik, die soziale Kämpfe von unten, Klassenorganisation und Solidarität der Vielen stark macht. Als Linkspartei sollten wir im Wahlkampf praktisch erfahrbar machen, dass wir die Bündnispartei für unteilbare Solidarität sind: wir unterstützen Proteste der Mieter*innen und gewerkschaftliche Kämpfe, Geflüchteten-Initiativen und antirassistische Bewegungen, Black Lives Matter, die feministische und Klimabewegung.

Wünsche nach der Merkel-Ära

Es reicht nicht aus, von »neuen linken Mehrheiten« oder »einer progressiven Regierung« zu sprechen, ohne konkrete Ziele und Bedingungen zu formulieren. Oder sich eine linke Regierung mit diesen Grünen und dieser SPD zu erträumen, ohne einen Plan zu haben, wie Eingriffe in privatisierte Krankenhäuser oder große Immobilienkonzerne dann durchgesetzt werden. Es geht uns nicht darum, jetzt Koalitionsverhandlungen zu simulieren. Die Schritte, um die es sich im Falle einer Regierungsbeteiligung zu kämpfen lohnt und die wir mindestens durchsetzen wollen, müssen aber offen und klar benannt werden. Es geht uns um eine Verständigung, wofür Die Linke geschlossen, entschlossen und unverrückbar steht.

Die roten Haltelinien aus dem Erfurter Programm gelten dabei weiter. An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt,

die Aufrüstung vorantreibt, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt, werden wir uns nicht beteiligen. Die Haltelinien sollen verhindern, dass eine mögliche Regierungsbeteiligung zu Verschlechterungen führt. Aber sie kitzeln nicht die Wünsche und Träume der Menschen, die sich nach der Ära Merkel einen Aufbruch und spürbare Veränderung wünschen. Sie spitzen nicht die existierenden Erwartungen politisch zu. Die Haltelinien sollten daher durch offensive Wendepunkte ergänzt werden, mit denen wir im Wahlkampf mobilisieren, gesellschaftliche Kräfte bündeln und mittelfristig Die Linke stärken und verankern können.

Jetzt geht es um »Butter bei die Fische«. Was wir vorschlagen sind große Schritte - wie der Mietenstopp, die Klimawende zusammen mit den Beschäftigten, die Abschaffung der Fallpauschalen und Krankenhäuser in öffentlichem Eigentum. Sie sind dringlich und machbar. Sie sind gerecht finanzierbar. Sie gelten verbindlich vor und nach der Wahl. Wir sollten selbstbewusst die Wendepunkte stark machen, die wir in einer möglichen linken Regierungsbeteiligung zusammen mit Bewegungen und Gewerkschaften durchsetzen wollen.

Nicole Gohlke
hochschulpolitische Sprecherin
der Linksfraktion im Bundestag
<https://kurzelinks.de/w58d>

Norbert Müller
kinder- und jugendpolitischer Sprecher
der Linksfraktion im Bundestag
www.norbert-mueller.net

Jana Seppelt
stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE

Erschienen am 10. Juni 2021 in **neues deutschland**: <https://kurzelinks.de/3zz9>

Bundestagswahl: Soziale Sicherheit, Umverteilung, Klimagerechtigkeit: Darum geht es!

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag war am 14. Juni im Bad Saarow mit ihrer Tour „Aufbruch für ein gerechtes Land“ und hat anlässlich der Rede von Olaf Scholz beim Ostdeutschen Wirtschaftsforum über ihre Arbeit informiert.

Wir kämpfen für eine Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, damit Klimaschutz nicht von den

Beschäftigten bezahlt wird. In Eisenhüttenstadt soll zukünftig Stahl klimaschonend produziert werden, dafür braucht es aber große Investitionen. Während die Bundesregierung lediglich einmalig 8 Milliarden Euro investieren will, schlägt DIE LINKE 20 Milliarden jährlich vor, um den industriellen Wandel zu schaffen, Beschäftigte dabei zu stärken, Löhne steigen zu lassen und die Klimaziele zu errei-



chen. Das ist aus meiner Sicht bitter nötig, damit wir als die Anwohner:innen und Region vom Umbau, wie beispielsweise in Eisenhüttenstadt, profitieren und nicht geschwächt werden!

Stefan Kunath
LINKER Direktkandidat
für die Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis 63
www.stefan-kunath.de

Lernen - das wichtigste Vergnügen?

Die Geschichte der AG Politische Bildung - ein kurzer Abriss

Die Überschrift ist eine Anleihe bei Brecht. Er sagte es allerdings ohne Fragezeichen. Die Wirren des Herbstes 1989, der scheinbare Verlust all dessen, was wir im Parteilehrjahr meinten, gelernt zu haben verunsicherte uns Genossen. Was haben wir falsch gemacht, waren es alles Irrlehren, denen wir vertraut haben, mit denen wir eine neue, eine gerechtere Gesellschaftsordnung aufbauen wollten?

Es mag irritieren, dass ich bei meinem Artikel soweit in die Vergangenheit zurück gehe. Aber damals lag für uns das erworbene Wissen auf dem Prüfstand. Deshalb wurde in unserem Kreisverband die AG Philosophie ins Leben gerufen, der Vorläufer der AG Politische Bildung. Zur AG Philosophie, geleitet von Wolfram Galka, traf sich regelmäßig eine kleine Gruppe von Interessierten. Fragen über Fragen stürmten auf uns ein: Wo lagen die Fehler? Welche Entscheidungen waren kontraproduktiv? Und so sagten wir uns: Schlag nach bei den Klassikern, bei Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg.

Notwendig war die Vergrößerung des Kreises. Also wurde der „Polit-Frühschoppen“ aus der Taufe gehoben. Um das planmäßig zu organisieren, zu einer Tradition werden zu lassen, wurde 1995 aus der AG Philosophie die AG Politische Bildung. Mit viel Engagement und über Jahre dabei waren die Genossinnen Edith Krüger, Ella Schleese und die Genossen Ernst Au, Achim Dietz, Jürgen Finger, Gerhard Fürstenberg, Hans Hörath, Eberhard Plehn.

Im Durchschnitt fanden jährlich acht bis zehn Bildungsveranstaltungen statt, bevorzugt als Polit-Frühschoppen, aber auch Nachmittagsveranstaltungen. Die AG arbeitete eng mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zusammen. Regelmäßig lud die Stiftung Vertreter:innen der AGs Politischer Bildung in den Kreisorganisationen zu Beratungen nach Potsdam. Die Stiftung bot ein breites Programm politischer Vorträge zur Auswahl und verfügte über ein kompetentes Referentenkollektiv. Zu ihnen gehörten Wissen-

schaftlerinnen und Wissenschaftler aus Politik und Wirtschaft, aber auch Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller.

Die Palette der Themen war breit gefächert. Sie umfasste Wissensgebiete von der Politik bis hin zur Kunst und Literatur, gesellschaftswissenschaftliche Themen ebenso wie Fragen der Strategie und Taktik der Partei. Zu den Referent:innen gehörten u. a. Dr. Stefan Bollinger, Dr. Klaus Blessing, Dr. Dieter Dehm, Prof. Prof. Dr. Heinrich Fink, Prof. Dr. Horst Grunert, Prof. Dr. Anton Latzo, Prof. Prof. Dr. Christa Luft, Dr. Hans Luft, Hans Modrow, Prof. Klaus Steinitz. Themen waren u. a.: „Zur Eigentumsfrage“, „Vom Antistalinismus zum Antikommunismus?“, „Soziale Marktwirtschaft – Mythos und Grenze“, „Fusion Berlin-Brandenburg – Wie denkt die Linke darüber?“, „Braucht diese Gesellschaft eine Alternative?“, „PDS – konsequente Antikriegspartei!“, „Rechtsextremismus in Vergangenheit und Gegenwart.“ „Chinas Weg ins 21. Jahrhundert“, „Die Defizite der deutschen Einheit“, „Gedanken zu Havemann und seinen Texten“.

Die AG organisierte auch Referent:innen außerhalb dieses Kreises. So hatten wir gut besuchte Veranstaltungen mit der Schauspielerin Käthe Reichel (Havemann-Texte), Gerhard Zwerenz („Krieg im Glashaushaus oder der Bundestag als Windmühle“, über seine Erfahrungen als Bundestagsabgeordneter), Daniela Dahn, Sahra Wagenknecht, Günther Drommer, ein Leserforum mit dem damaligen Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ Jürgen Reents. Wir gestalteten auch Diskussionsrunden in eigener Regie, d.h. mit Referent:innen aus der Mitgliedschaft unserer Kreisorganisation, so zu dem Thema: „80 Jahre danach - War die Oktoberrevolution 1917 das weltgeschichtliche Ereignis unseres Jahrhunderts?“.

Trotz dieser kontinuierlichen engagierten Arbeit der AG, sollen insbesondere zwei Schwachpunkte unserer Arbeit nicht verschwiegen werden:

1. Es ist uns kaum gelungen, eine Zuhörerschaft außerhalb der traditionellen aus linken Parteien und Vereinen zu gewinnen. Daher kam es kaum zu Streitgesprächen.
2. Nur sehr wenige Jugendliche nahmen unser Angebot wahr, da nützten auch die Aushänge in der Viadrina wenig.

Es gab auch Themen, die zu Kritik veranlassten, vor allem unsere jüngeren Genossen. Zu sehr rückwärtsgewandt, hieß es oder „zu theoretisch“, auch dieses Thema wurde von etlichen abgelehnt: „Lenins Schrift 'Was tun?'“ Letzteres hatten wir im Programm von 2005, zum 100. Jahrestag des Erscheinens dieser Leninschen Schrift.

Mitunter gelang es uns, mit wirkungsvollen Plakaten für die Veranstaltung zu werben. Es lockte etliche Jüngere und auch Studenten in den Hörsaal, wo Günther Drommer das Buch „Erwin Strittmatter und der Krieg der Väter“ vorstellte.

Die Besucherzahlen schwankten von gerade mal zehn, erreichten aber auch über 60. Das hing sowohl vom Thema als auch von der Bekanntheit des Referenten ab. Sehr gut besucht war u. a. die Buchvorstellung „Hermann Kant – Nicht ohne

Geschichtssplitter

Landtagswahl 1990

Am 14. Oktober 1990, elf Tage nach der Wiedergründung des Landes Brandenburg, fand die erste Landtagswahl statt. Die PDS/Linke Liste (Listenverbindung aus

PDS, FDJ, Die Nelken und KPD) erreichte 13,4% der Stimmen, was 13 Sitze im Landtag bedeutete. Der Fraktion gehörten aus Frankfurt (Oder) die Genossinnen Gerlinde Stobrawa und Margot Theben (aufgestellt vom Demokratischen Frauenbund e.V.) an.

Utopie“. Die Autorin Frau Dr. Linde Salber aus Köln war kaum bekannt. Aber sicher interessierte sehr, was eine Wissenschaftlerin aus Köln über den bei uns beliebten, aber auch wegen seiner beißenden Ironie gefürchteten Schriftsteller zu sagen hatte. Und ich gestehe hier unumwunden, selten eine bessere Biografie über eine Berühmtheit gelesen zu haben. Denn Frau Dr. Salber stellte das Werk des Autors in den Mittelpunkt, nicht sensationshaschende private Querelen.

Nach Gründung der Partei DIE LINKE formierte sich die AG 2008 neu unter Leitung von Ronny Diering.“ Mit dem krankheitsbedingten Ausscheiden von Ronny Diering endeten weitgehend die Aktivitäten gezielter politischer Bildungsange-

bote. Wir sollten uns bewusst sein: Ohne politische Bildung gibt es keine, von gleichen Zielen motivierte, einheitlich kämpfende Mitgliedschaft, keine geschlossenen für Frieden und soziale Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen kämpfende Linkspartei. Dabei wird sie aktuell, auch mit Blick auf bevorstehende Wahlkämpfe mehr denn je gebraucht.

Der „kurze“ Abriss droht ein wenig auszufern. Es gäbe noch sehr vieles über die im großen und ganzen erfolgreiche Arbeit der AG Politische Bildung zu sagen. Nicht vergessen möchte ich die sehr gute Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, und ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Bildungsveranstaltungen zunehmend von Mitgliedern

anderer linken Parteien und Organisationen sowie Sympathisant:innen genutzt worden sind. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat unsere Arbeit unterstützt und ist maßgeblich am guten Niveau der Veranstaltungen beteiligt. Und wenn ich die über 20jährige Tätigkeit der AG mit einer knappen Sentenz beurteilen sollte, würde ich sagen: Das Fragezeichen hinter der Überschrift ist überflüssig. Selbstverständlich bereitet Lernen Vergnügen. Vielleicht ist es nicht für jeden das wichtigste, aber darauf zu verzichten, macht unser Leben ärmer.

Ella Schleese

Was tunlichst verschwiegen wird

Keine der führenden Medien hält es einer Erwähnung wert, dass die Fraktion der LINKEN den Vorschlag eines Freundschaftsvertrages mit Russland eingebracht hat, ja, ihn aus Anlass des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion gefordert hat.

Sowohl der G7-Gipfel, als auch die Beratung der NATO-Staaten in Brüssel schüren die Feindschaft gegen China und Russland mit der praktischen Folge der weite-

ren Aufrüstung. Das wird in den Nachrichten der Medien nicht oft genug betont.

Sollte uns folgendes nicht zu denken geben: Der Vorschlag zu Freundschaft auf der einen Seite, die Forderung nach mehr Rüstung auf der anderen Seite: Wo werden die Menschenrechte geachtet, wo verletzt?

Soviel positive Vorhaben zum Klimaschutz, zu Schuldenerlassen für Entwicklungsländer, zur Unterstützung der armen Länder

bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie auch auf dem G7-Gipfel im britische Cornwall auch auf der Tagesordnung standen und diskutiert worden sind, lehren die Erfahrungen vorangegangener Versprechungen, dass den Worten leider die Taten nicht folgen. Die „Junge Welt“ veröffentlichte zu ihrem Beitrag über den G7-Gipfel das Foto von der Flugschau der Royal Air Force für die Teilnehmer:innen der Konferenz. Klimaschutz, wie sie ihn sehen!

Ella Schleese

Kuba-Solidarität geht weiter



FOTO: WOLFGANG FROTSCHER

Ende Mai konnten weitere Solidaritätsspenden für Kuba nach Berlin transportiert werden. Die meisten davon waren das Ergebnis unserer Aktion anlässlich der Kundgebung zum 1. Mai am Bahnhofsvorplatz. Mitglieder der Regionalgruppe Frankfurt (Oder) von Cuba Sí verteilten Infomaterial (sh. Roter Hahn vom 20. Mai 2021). Ein ganz besonderes Dankeschön an die Genossinnen und Genossen der KPD Brandenburg, deren Spenden im Wert von ca. 400,00 Euro durch Cornelia Noack aus Eisenhüttenstadt und Jens Röstel aus Frankfurt (Oder) übergeben wurden. Darunter waren u. a. zwei für Kuba neu gekaufte Rollatoren, diverse medizinische Verbrauchsgüter, Gehhilfen und ein Rollstuhl. Von uns Frankfurtern kamen noch zwei große Kisten mit Material für Kubas Schulen dazu.